

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 18. Sitzung des Stadtrates - (Sondersitzung) (SR/018/2020)

am Dienstag, 10. November 2020,

18:00 Uhr

**Landeshauptstadt Dresden, MESSE Dresden, Halle 3
Messering 6, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 21:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Dirk Hilbert

Beigeordnete

Jan Donhauser

Eva Jähnigen

Dr. Kristin Klaudia Kaufmann

Annekatriin Klepsch

Stephan Kühn

Dr. Peter Lames

Detlef Sittel

Fraktion Freie Wähler Dresden

Susanne Dagen

Jens Genschmar

Frank Hannig

Torsten Nitzsche

CDU-Fraktion

Heike Ahnert

Veit Böhm

Dr. Hans-Joachim Brauns

Matthias Dietze

Ingo Flemming

Mirko Göhler

Manuela Graul

Steffen Kaden

Peter Krüger

Petra Nikolov

Mario Schmidt

Anke Wagner

Daniela Walter

Silvana Wendt

Fraktion DIE LINKE.

Anja Apel

Pia Barkow

Christopher Colditz

Dr. Margot Gaitzsch

Katharina Hanser

Magnus Hecht

Anne Holowenko

Tilo Kießling
Leo Lentz
Jens Matthis
André Schollbach
Tilo Wirtz

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kati Bischoffberger
Ulrike Caspary
Dr. Wolfgang Deppe
Christiane Filius-Jehne
Susanne Krause
Johannes Lichdi
Thomas Löser
Andrea Mühle
Dr. Anja Osiander
Agnes Scharnetzky
Tanja Schewe
Robert Schlick
Michael Schmelich
Torsten Schulze
Tina Siebeneicher

SPD-Fraktion

Vincent Drews
Stefan Engel
Dana Frohwieser
Richard Kaniewski
Kristin Sturm
Dr. Viola Vogel

FDP-Fraktion

Christoph Blödner
Franz-Josef Fischer
Holger Hase
Robert Malorny
Holger Zastrow

Fraktion Alternative für Deutschland

Wolf Hagen Braun
Harald Gilke
Dipl.-Ing. Thomas Ladzinski
Bernd Lommel
Monika Marschner
Christian Pinkert
Matthias Rentzsch
Dr. Silke Schöps
Uwe Vetterlein

Alexander Wiedemann

fraktionslose Stadträte

Maximilian Aschenbach

Dr. Martin Schulte-Wissermann

Abwesend:

Fraktion Alternative für Deutschland

Falk Breuer

Heiko Müller

Schriftführer/-in:

Manuela Gertig

Maika Vetter

T A G E S O R D N U N G**öffentlich**

- | | | |
|------------|---|----------------------------------|
| 1 | Schaffung eines starken Energieversorgungs- und Energiedienstleistungsunternehmens für die ostsächsische Region mit nationaler Bedeutung (Fusion ENSO/DREWAG) | V0630/20
beschließend |
| 2 | Mittelbereitstellung für Mehraufwendungen zur Durchführung der thematischen Weih-nachtmärkte | A0148/20
beschließend |
| 3 | 1. Aktualisierung des Wohnkonzeptes und der Richtlinie "Kooperatives Baulandmodell Dresden" | V0662/20
beschließend |
| 4 | Widersprüche aus der Sitzung vom 15./16.10.2020 | |
| 4.1 | Ausnahme zur Richtlinie "Kooperatives Baulandmodell Dresden" (V2804/18) | V0541/20
beschließend |
| 4.2 | Veranstaltungsnetz Altmarkt - Umgestaltung für eine barrierefreie Leitungsführung/Herstellung einer funktionstüchtigen Platzdrainage | V0533/20
beschließend |
| 5 | Vertagungen der Sitzung vom 15./16.10.2020 | |
| 5.1 | Verkehrssichere Radwege im Bereich der Reicker Straße schaffen | A0029/20
beschließend |
| 5.2 | Verkehrsentlastung während der Baumaßnahmen auf der Bautzner Straße und an der Loschwitzter Brücke | A0047/20
beschließend |

öffentlich

Einleitung:

Her Oberbürgermeister Hilbert stellt die frist- und formgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des 18. Stadtrates fest. Er weist die Mitglieder sowie alle Gäste darauf hin, dass beim Verlassen des Platzes ein Mund-Nasen-Schutz zu tragen ist.

Die Tagesordnungspunkte 3, 5.1 und 5.2 werden von der Tagesordnung genommen, da diese sich noch in den Ausschussberatungen befinden. Tagesordnungspunkte ohne Debatte sowie einen nicht öffentlichen Teil gibt es in dieser Sitzung nicht.

Herr Stadtrat Löser beantragt eine Rücküberweisung der Vorlage V0533/20 in den federführenden Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften.

Herr Stadtrat Malorny beantragt Rederecht für Herrn Hitzer (Advent auf dem Neumarkt) zu TOP 2.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der Rücküberweisung der Vorlage V0533/20 in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften mehrheitlich zu.

Der Stadtrat stimmt dem Rederecht für Herrn Hitzer zu TOP 2 ebenfalls mehrheitlich zu.

Der Stadtrat stimmt der so geänderten Tagesordnung mit 66 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Herr Oberbürgermeister Hilbert eröffnet und leitet die Sitzung.

- | | | |
|----------|--|----------------------------------|
| 1 | Schaffung eines starken Energieversorgungs- und Energiedienstleistungsunternehmens für die ostsächsische Region mit nationaler Bedeutung (Fusion ENSO/DREWAG) | V0630/20
beschließend |
|----------|--|----------------------------------|

Herr Oberbürgermeister Hilbert bringt die Verwaltungsvorlage ein und betont dabei die weitreichende Bedeutung dieses Beschlusses. Durch die Fusion entstehe Deutschlands 4. größter kommunaler Energieversorger. Die Fusion eröffne die Möglichkeit, zukünftig die Gewinne der Enso für die Verlustverrechnung nutzen zu können. Das heißt, dass die stetig wachsenden Aufgaben der DVB AG oder Bäder GmbH nicht aus dem städtischen Haushalt gezahlt werden müssten. Durch diese Fusion entstehe zukünftig eine Verbindung von Stadt und Region. Die Gleichbehandlung von Stadt und ländlichem Raum sei in den Unternehmenszielen vereinbart, um unterschiedliche Entwicklungsgeschwindigkeiten zu vermeiden. Er nutzt an dieser Stelle die Gelegenheit seinen Änderungsantrag einzubringen. Er geht weiterhin auf den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. ein. Es sei nicht im Rahmen der Möglichkeit der Verwaltung, auf die Unternehmensziele Einfluss zu nehmen, so wie es im Punkt vier gefordert werde. Er bittet daher diesen Antrag abzulehnen.

Herr Stadtrat Dr. Deppe bringt den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein. Er stimmt den Ausführungen des Oberbürgermeisters hinsichtlich der großen Bedeutung der Fusion zu. Er geht in diesem Zusammenhang auf die Herausforderungen der Klimakrise ein, welche auch in Dresden bewältigt werden müssen. Dies sei eine Herausforderung, dem sich auch der neue kommunale Energieversorger zu stellen habe. Mit dem Ergänzungsantrag soll der Energieversorger daher verpflichtet werden, eine Strategie zur Erlangung der Klimaneutralität bis 2035 zu entwickeln.

Herr Stadtrat Dr. Schulte-Wissermann bringt seinen Änderungsantrag ein, dabei geht er auf den aktuellen Klimanotstand ein, welcher seitens der EU ausgerufen wurde. Wichtig sei es, sich für die Klimaneutralität einzusetzen und sich den Herausforderungen und Verantwortungen zu stellen. Die Stadt dürfe dabei die Möglichkeiten der Steuerung nicht aus der Hand geben.

Herr Stadtrat Krüger stellt den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vor. Man werde dem Ersetzungsantrag der Fraktion Die Linke. und den ersten beiden Punkten des Ergänzungsantrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgen. Ablehnend stehe man einer Verstetigung von Einzahlungen in den Fond gegenüber. Erst sollten alle Effekte aus den Prognosen und Annahmen der Wirtschaftsprüfer eintreffen, bevor man über eine Verteilung nachdenke. Zudem werde man es strikt ablehnen, dass zu stark, über das Maß der gesetzlichen Mitbestimmung hinaus, von außen in die Firmenpolitik des Unternehmens eingegriffen werde.

Herr Stadtrat Schollbach legt dar, dass es im Stadtrat noch vor einigen Jahren keine Mehrheit für eine hundertprozentige Rekommunalisierung der DREWAG gegeben habe. Die Fraktion Die Linke. habe sich bereits damals dafür eingesetzt. Die Einnahmen des neuen kommunalen Energieversorgers kommen damit dem Gemeinwohl zu Gute. Er bringt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. ein und stellt den Inhalt vor.

Herr Stadtrat Kaniewski ergänzt, dass diese Entscheidung nicht nur wichtig für Dresden, sondern für die gesamte Region sei. Er begrüßt die Entwicklung hin zu einem kommunalen Unternehmen sehr. Aufgrund der Bundesgesetzgebung könne man Millionen sparen, die man sonst mit zwei großen einzelnen Unternehmen verloren hätte. Diese Verluste wären vermutlich auf die Kunden und Kundinnen verteilt worden. Auch vor diesem Hintergrund sei die Fusion von großer Bedeutung. Hinsichtlich der genannten Klimaziele sei es notwendig, hier im Stadtrat einen Kompromiss zu finden. Es sei wichtig, dass man sich das Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 setze. Klimaschutz und Energiewende sollten mutig und ambitioniert vorangetrieben werden.

Herr Stadtrat Blödner erläutert, dass die Fusion eine Reaktion auf Regulierungen am Marktgeschehen sei, wodurch Verbesserungen der Arbeit ermöglicht werden und die wirtschaftliche Basis gestärkt werden könne. Des Weiteren liefere diese Fusion steuerliche Vorteile in der direkten Verrechnung der Enso-Gewinne. Damit habe die Fusion eine große wirtschaftliche Bedeutung. Die ursprüngliche Vorlage erhalte daher die uneingeschränkte Zustimmung der FDP-Fraktion. Ziel sollte ein starkes Unternehmen sein. Die vorgestellten Änderungsanträge seien aus seiner Sicht an dieser Stelle noch nicht zielführend. Einige Punkte sollten erst später im Rat eingebracht und diskutiert werden, wenn sich das Unternehmen zusammengeschlossen habe.

Herr Stadtrat Hannig betont, dass die Fraktion Freie Wähler die Vorlage sehr begrüße. Mit dieser Fusion könne viel für die Stadt erreicht werden. Inhaltlich stimme er den Ausführungen von

Herrn Stadtrat Blödner vollumfänglich zu. Die Mitglieder der Fraktion Freie Wähler werden ebenfalls der Ursprungsvorlage zustimmen und die vorgestellten Änderungsanträge ablehnen.

Herr Stadtrat Lichdi legt dar, dass es keinen Widerspruch zwischen Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit gebe. Er begrüßt es sehr, dass sich der neue Energieversorger vertraglich dem Klimaschutz verschreiben werde, jedoch reichen die allgemeinen Ziele der Bundesregierung hier nicht aus. Er hinterfragt an dieser Stelle das Innovationsbudget, es sei nicht klar in welche Richtung sich die technische Entwicklung gehen müsse. Es fehle eine Strategie zur Ersetzung des fossilen Erdgases zur Befuerung des Kraftwerkes Nossener Brücke. Er geht auf einige mögliche technische Ziele ein. Des Weiteren erläutert er, dass im Punkt 8 des Ergänzungsantrages der Fraktion Die Linke. der Verweis auf den Beschluss des Stadtrates vom 30.01.2020 problematisch sei und appelliert an die Fraktion, diesen Punkt zu überdenken und ggf. zu überarbeiten.

Herr Stadtrat Lommel erläutert die Vorteile, die sich durch die Fusion für die Stadt ergeben. So habe man die Möglichkeit besser Verluste auszugleichen, die Regionen einzubeziehen und dabei auch den Klimaschutz zu berücksichtigen. Allgemein sei aus seiner Sicht sehr umsichtig an der Vorlage gearbeitet worden. Auch er sei gegen die vorgetragenen Änderungsanträge der Fraktionen. Das Unternehmen sollte erst einmal Einnahmen erzielen, bevor bereits mit den Geldern geplant werde.

Herr Stadtrat Kießling weist auf das Problem hin, dass man zukünftig Anteilseigner einer Aktiengesellschaft werde. Der Stadt gehören damit 90 Prozent einer doppelt so großen Gesellschaft. In der Hauptversammlung könne man daher keinen Einfluss mehr auf das praktische Geschäft nehmen. Die Ziele werden im zukünftigen Aufsichtsrat bestimmt - dort habe die Landeshauptstadt jedoch nur 8 von 20 Sitzen. Daher habe man den Punkt 8 in den Ergänzungsantrag eingearbeitet. Er appelliert an die Mitglieder dem Ergänzungsantrag zu folgen.

Herr Stadtrat Braun beantragt eine kurze Auszeit von 10 Minuten.

Frau Stadträtin Frohwieser bittet um Erläuterung, wie im Anschluss der Auszeit abgestimmt werde.

Herr Oberbürgermeister Hilbert informiert die Mitglieder, dass zuerst über den weitestgehenden Antrag der Fraktion Die Linke. abgestimmt werde. Danach wird der Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung gestellt. Im Anschluss der Änderungsantrag des Oberbürgermeisters, der Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion und der Änderungsantrag von Herrn Stadtrat Dr. Schulte-Wissermann.

Herr Stadtrat Schollbach bittet um Klarstellung wann der Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausgereicht wurde, da dieser weder im System hinterlegt sei und ihm auch nicht schriftlich vorliege.

Herr Oberbürgermeister Hilbert weist darauf hin, dass dieser allen Mitgliedern in Papierform in der Sitzung ausgereicht wurde und Herr Stadtrat Dr. Deppe diesen auch eingebracht habe.

Auszeit

Herr Stadtrat Dr. Deppe beantragt eine punktweise Abstimmung zum Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke. Aus dem Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde der Punkt 3 zurückgezogen.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt den Punkten 6 und 7 des Ergänzungsantrages der Fraktion Die Linke. mit 46 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Der Stadtrat lehnt den Punkt 8 des Ergänzungsantrages der Fraktion Die Linke. mit 30 Ja-Stimmen, 39 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat stimmt dem Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Punkt 1 und 2) mehrheitlich zu. Damit habe sich der Änderungsantrag des Oberbürgermeisters erübrigt.

Der Stadtrat stimmt dem Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion mehrheitlich zu.

Der Stadtrat lehnt den Ergänzungsantrag von Herrn Stadtrat Dr. Schulte-Wissermann mehrheitlich ab.

Der Stadtrat stimmt dem so ergänzten federführenden Ausschussbericht des Ausschusses für Finanzen mit 69 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden beschließt:

1. Der Zusammenführung (Fusion) von DREWAG - Stadtwerke Dresden GmbH (DREWAG) und ENSO Energie Sachsen Ost AG (ENSO) einschließlich der Reorganisation der Netzgesellschaften entsprechend dem endverhandelten Konsortialvertrag (nebst Anlagen) zwischen der EnergieVerbund Dresden GmbH (EVD) und der KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost (KBO) betreffend die Beteiligung an der ENSO Energie Sachsen Ost AG, zukünftig firmierend als SachsenEnergie AG, wird zugestimmt.
2. Dem Abschluss von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen über einen kommunalen Lastenausgleich zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen anlässlich der Fusion von ENSO und DREWAG (Ausgleichsvereinbarung) gemäß Anlage 1 einschließlich einer vorherigen einseitigen Verpflichtung der Landeshauptstadt Dresden im Konsortialvertrag zum Abschluss solcher Vereinbarungen wird zugestimmt.
3. Dem Abschluss eines Kaufvertrages zwischen der Landeshauptstadt Dresden und der KBO über den Verkauf der von der Landeshauptstadt Dresden am Stammkapital der KBO gehaltenen Geschäftsanteile von 1,6906 % an die KBO gemäß Anlage 2 zusammen mit dem Konsortialvertrag wird zugestimmt.
4. Die Anzahl der Mitglieder des Aufsichtsrates der EVD ist von derzeit acht auf zwölf zu erhöhen.

5. Der Oberbürgermeister wird, vorbehaltlich der Erteilung einer positiven verbindlichen Auskunft zu allen relevanten steuerrechtlichen Fragen durch das Finanzamt, beauftragt und ermächtigt, alle notwendigen Schritte zur Umsetzung der Beschlusspunkte 1 bis 4 durchzuführen.
6. Der Oberbürgermeister wird beauftragt und ermächtigt,
 - a) die Technische Werke Dresden GmbH zu verpflichten, in ihrem Energieverbund einmalig ein Innovationsbudget in Höhe von 8,0 Mio. Euro zur Unterstützung von nicht unmittelbar rentierlichen Maßnahmen
 - der Energiewende und des Klimaschutzes, die insbesondere der Entwicklung und der Umsetzung einer Dekarbonisierungsstrategie dienen
 - der Förderung sozialer Projekte (Anteil: 2,66 Mio. Euro)auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Dresden einzurichten.
 - b) bis zum 31.03.2021 als Arbeitsgrundlage eine Richtlinie zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen, in welcher das Procedere von der Maßnahmeauswahl bis hin zur Berichterstattung über die Mittelverwendung geregelt ist.
 - c) Neben den unter a) genannten Bereichen sollen Mittel in Höhe von 2,66 Mio. Euro auch der Förderung von Sportprojekten (insbesondere der energetischen Sanierung von Sportanlagen), der Verbesserung des Stadtklimas (insbesondere der Nachpflanzung von Stadtgrün in Wohnquartieren) sowie der finanziellen Unterbreitung beschlossener Anträge zu Umweltprojekten (insbesondere A0007/19 „Dresden blüht“ und A0035/20 „Waldpädagogisches Zentrum“) dienen.
7. Über die Verwendung der Mittel aus dem Innovationsbudget gemäß Ziffer 6 entscheidet der Aufsichtsrat der EnergieVerbund Dresden GmbH.
8. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister in den Gesellschafterversammlungen der TWD, EVD und SachsenEnergie AG unter Einbeziehung der Dresdner Aufsichtsrätinnen und -räte in der TWD, EVD und SachsenEnergie AG und in ihren Tochtergesellschaften, das Unternehmen auf die Ziele der Versorgungssicherheit; der Wirtschaftlichkeit; einer klimaneutralen Energieerzeugung und -versorgung und günstige Preise für Wirtschaft und Verbraucher*innen sowie auf gleichmäßige Investitionen in der Region und Dresden auszurichten.
9. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister ferner, bis zum Ende des Jahres 2021 ein Unternehmenskonzept für die EVD als Energiesparte der TWD zu den Zielen der Daseinsvorsorge und der Klimaneutralität und Dekarbonisierung der Energieversorgung bis 2035 erstellen zu lassen, das nach Beteiligung des Stadtrats dem Strategieausschuss der SachsenEnergie AG zeitnah für den weiteren Prozess der Erarbeitung der Unternehmensleitlinien zur Verfügung gestellt wird und auf dessen Umsetzung die Vertreterinnen und Vertreter der LHD hinwirken.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 69 Nein 0 Enthaltung 0

**2 Mittelbereitstellung für Mehraufwendungen zur Durchführung
der thematischen Weih-nachtmärkte****A0148/20
beschließend**

Herr Hitzer erklärt, dass die Händler hinter ihrer Verantwortung stehen. Die Markthändler und Stände haben bereits Geld (ein Drittel der Kosten) für das Stattfinden der Weihnachtsmärkte investiert, um die es bei dieser Entscheidung nicht gehe. Die Veranstalter haben ein Hygienekonzept vorgelegt unter welchen Bedingungen man eventuell einen Weihnachtsmarkt stattfinden lassen könne, welches bestätigt wurde und derzeit wahrscheinlich schon überholt seien. In den Hygienekonzepten gebe es Bedingungen, die den Händlern auferlegt worden seien, für die Mehrkosten entstehen. Bei dem Antrag gehe es nicht um die Entscheidung, ob die Weihnachtsmärkte stattfinden, sondern sollten diese stattfinden, ob man bereit sei, die Händler von den besagten Mehrkosten zu entlasten.

Herr Stadtrat Kaniewski geht auf die aktuellen Corona-Zahlen und das Infektionsgeschehen in Dresden ein. Er glaube, dass ein Weihnachtsmarkt vor dem Hintergrund der pandemischen Lage nicht realistisch sei. Er wünsche sich hinsichtlich dessen eine klare und ehrliche Aussage von Seiten des Stadtrates und auch der Verwaltung. Dies seien sie gegenüber den Gewerbetreibenden und den Bürger*innen von Dresden schuldig. Die SPD-Fraktion werde diesen Antrag auf Grund des Gesundheitsschutzes ablehnen.

Herr Stadtrat Genschmar erklärt, dass man sich derzeit in einer besonderen Zeit befinde. Die Stadt und auch der Stadtrat solle die maximalen Möglichkeiten schaffen, damit den Händlern die Möglichkeit gegeben werde, unter diesen Bedingungen den Markt durchzuführen. Die Veranstalter und Händler machen sich Gedanken über ihre Existenzen und tragen die Verantwortung für viele Menschen. Sollten die Märkte stattfinden dürfen, entscheidet jeder für sich, ob er diesen Markt unter den Hygienemaßnahmen besuchen möchte oder nicht. Die Corona-Maßnahmen führen zu großem Missverständnis in der Bevölkerung. Die Stadträt*innen sitzen lange Zeit teilweise ohne Maske in einem Raum zusammen, aber beispielsweise Restaurants dürfen trotz der Hygienemaßnahmen nicht öffnen. Die Fraktion Freie Wähler werden dem interfraktionellem Antrag zustimmen.

Herr Stadtrat Schulze bemerkt, dass wir uns derzeit in einer sehr unsicheren Rechtslage befinden. Er informiert, dass in der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung ein Beschluss über zusätzliche Mittel in Höhe von 600 000 Euro für die Durchführung des Striezelmarktes gefasst worden sei. Im Zusammenhang dessen hätte man die thematischen Weihnachtsmärkte ebenfalls berücksichtigen müssen. Dies sei abgelehnt worden, da es die Verträge nicht hergeben würden und das Rechtsamt eine Auffassung habe. Die Mehraufwendungen zur Umsetzung der Hygienemaßnahmen bringe die Konzessionäre in eine wirtschaftliche Schieflage. Sollte die Stadtverwaltung die Weihnachtsmärkte absagen, haben Händler*innen einen Anspruch auf Schadensersatz – sollten die Händler*innen die Weihnachtsmärkte absagen, erfüllen

diese die Konzessionsverträge nicht und seien aktuell mit 75 000 Euro Vertragsstrafe in der Haftung. Aktuell warten alle auf die Aussage der Bundesregierung am 16.11.2020, wie im Dezember mit den Corona-Verordnungen umgegangen werde. Bei Absage durch die Bundesregierung sei für alle Seiten eine gewisse Sicherheit gegeben. Er bittet um eine Aussage der Verwaltung, was geschehe, wenn die Veranstaltungen und Märkte im Dezember stattfinden können, heute allerdings die Mehraufwendungen für die thematischen Weihnachtsmärkte nicht beschlossen werden und aus dem Grund manche Konzessionäre sich wirtschaftlich nicht in der Lage sehen, die Mehrkosten zur Umsetzung der Hygienemaßnahmen zu leisten. Wie viele Händler haben aktuell für den Striezelmarkt abgesagt? Wie viele Kapazitäten werden hierdurch frei? Könnte man die beschlossenen 600 000 Euro nicht auch dafür nutzen, um die Mehrkosten für die Händler*innen zu begleichen? Wann werden die Vertragsstrafen fällig? Herr Stadtrat Schulze beantragt eine kurze Auszeit vor der Abstimmung.

Herr Stadtrat Kaden erklärt, seit September 2020 versuche man gemeinsam mit der Verwaltung die Durchführung des Striezelmarktes und der thematischen Weihnachtsmärkte möglich zu machen. Er geht auf die bisher gefassten Stadtratsbeschlüsse ein, bei denen die thematischen Weihnachtsmärkte bisher nicht berücksichtigt worden seien. Die 400 000 Euro sollen nur dann gezahlt werden, wenn die Kosten tatsächlich entstehen. Ob der Striezelmarkt und die thematischen Weihnachtsmärkte stattfinden können, hänge von der neu zu fassenden Corona-Schutzverordnung ab. Die CDU-Fraktion werde dem interfraktionellen Antrag zustimmen.

Frau Stadträtin Dr. Schöps führt aus, dass die AfD-Fraktion dem interfraktionellen Antrag ebenfalls zustimmen werde.

In der Debatte wird kontrovers über die Corona-Situation und die daraus entstandenen Maßnahmen diskutiert. Auch werden Diskussionen geführt, ob die Weihnachtsmärkte stattfinden oder diese abgesagt werden sollen.

Herr Stadtrat Schmelich verweist auf den bevorstehenden städtischen Doppelhaushalt. Es gebe viele Maßnahmen, die Gelder benötigen. Auf Grund dessen kann er es nicht für gutheißen, 400 000 Euro für die thematischen Weihnachtsmärkte zur Verfügung zu stellen, wobei diese höchstwahrscheinlich nicht stattfinden werden können und dieses Geld dann an anderen Stellen fehle.

Herr Stadtrat Hannig erinnert daran, dass es in dem Antrag nicht darum gehe, ob Weihnachtsmärkte stattfinden können oder nicht. Es gehe darum, sollten die Märkte stattfinden, den Konzessionären gegen Kostennachweis und Quittungen, die Kosten zu erstatten, welche diese zusätzlich für die Hygienemaßnahmen aufbringen müssen.

Herr Stadtrat Wirtz erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE. dem interfraktionellen Antrag nicht zustimmen werde. Nicht weil diese gegen die Händler oder Weihnachtsmärkte seien, sondern weil diese nach menschlichen Ermessen und der Realität sehen, es werde auf Grund des Krankheits- und Pandemiegeschehens, dass die Weihnachtsmärkte nicht öffnen werden dürfen.

Herr Bürgermeister Dr. Lames informiert, dass es sich bei einem Konzessionsvertrag um einen gegenseitigen Vertrag handle. Durch ein Verbot der Öffnung des Striezelmarktes komme es zu einer rechtlichen Unmöglichkeit. Das befreie den Konzessionär von dessen Pflichten. Dies beziehe sich auf mögliche Vertragsstrafen als auch auf die Zahlung der Konzessionsabgabe.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den vorliegenden interfraktionellen Antrag mit 33 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung ab.

Herr Stadtrat Gilke beantragt namentliche Abstimmung.

Ahnert	Ja
Apel	Nein
Aschenbach	Nein
Barkow	Nein
Bischoffberger	Nein
Blödner	Ja
Böhm	Ja
Braun	Ja
Brauns	Ja
Breuer	-----
Caspary	Nein
Colditz	Nein
Dagen	Ja
Deppe	Nein
Dietze	Ja
Drews	Nein
Engel	Nein
Filius-Jehne	Nein
Fischer	Ja
Flemming	Ja
Froh Wieser	Nein
Gaitzsch	Nein
Genschmar	Ja
Gilke	Ja
Göhler	Ja
Graul	Ja
Hannig	Ja
Hanser	Nein
Hase	Ja
Hecht	Nein
Holowenko	Nein
Kaden	Ja
Kaniewski	Nein
Kießling	Nein

Ladzinski	Ja
Lentz	Nein
Lichdi	Nein
Lommel	Ja
Löser	Nein
Malorny	Ja
Marschner	Ja
Matthis	Nein
Mühle	Nein
Müller	-----
Nikolov	Ja
Nitzsche	Ja
Osiander	Nein
Pinkert	Ja
Rentzsch	Ja
Scharnetzky	Nein
Schewe	Nein
Schlick	Nein
Schmelich	Nein
Schmidt	Ja
Schollbach	Nein
Schöps	Ja
Schulte-Wissermann	Nein
Schulze	Enthaltung
Siebeneicher	Nein
Sturm	Nein
Vetterlein	Ja
Vogel	Nein
Wagner	Ja
Walter	Ja
Wendt	Ja
Wiedemann	Ja
Wirtz	Nein
Zastrow	-----

Krause	Nein
Krüger	Ja

Hilbert	Ja
---------	----

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung lautet 33 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung. Der interfraktionelle Antrag ist somit abgelehnt.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja 33 Nein 34 Enthaltung 1

- | | | |
|----------|--|----------------------------------|
| 3 | 1. Aktualisierung des Wohnkonzeptes und der Richtlinie "Kooperatives Baulandmodell Dresden" | V0662/20
beschließend |
|----------|--|----------------------------------|

Beschluss:

Vertagung

- 4 Widersprüche aus der Sitzung vom 15./16.10.2020**

- | | | |
|------------|--|----------------------------------|
| 4.1 | Ausnahme zur Richtlinie "Kooperatives Baulandmodell Dresden" (V2804/18) | V0541/20
beschließend |
|------------|--|----------------------------------|

Herr Oberbürgermeister Hilbert verweist auf seinen Widerspruch gegen den gefassten Stadtratsbeschluss.

Herr Stadtrat Schmidt stellt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion vor und erläutert diesen.

Herr Stadtrat Blödner geht auf den geringen Leerstand von Wohnungen und die zu hohen Baukosten für Wohnungsneubau ein. Die hohe Bautätigkeit der letzten drei Jahre zeige ihre Wirkung, dass der Leerstand nicht weiter gesunken sei. Wenn die Bautätigkeit fortgeführt werden könne und die prognostizierten geringeren Zuzugszahlen eintrete, gebe es die Chance, dass der angespannte Wohnungsmarkt sich in den nächsten Jahren entspanne. Um die Bautätigkeit beibehalten zu können, dürfe den Investoren nicht zu viele und zu hohe Hürden gestellt werden. Die FDP-Fraktion werde der federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadt-

entwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften und auch dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zustimmen.

Herr Stadtrat Nitzsche erinnert an die Diskussion zum kooperativen Baulandmodell vom 15. Oktober 2020. Die Fraktion Freie Wähler werde ebenfalls der federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften und auch dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zustimmen. Die umfangreichen Kosten der Bauherren führen zu hohen Miet- und Kaufpreisen. Der Bau von Sozialwohnungen sei wichtig, dem man aber nicht mit Plan und Zwang begegnen solle, sondern mit Vernunft.

Herr Stadtrat Schmelich betont, das wichtigste in der Baupolitik sei Verlässlichkeit. Mit dem heutigen Beschluss gehe es darum, für die Übergangszeit einen Vertrauensschutz für diejenigen zu schaffen, die bereits planen und den Vertrauensschutz anhand von konkreter Projekte zu realisieren. Auf Grund dessen sei es richtig, der federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften zuzustimmen. Das kooperative Baulandmodell sei eine gute Chance für Investoren, die gebauten Wohnungen für einen guten Mietpreis zu vermieten. Er gibt zu bedenken, dass im Jahr 2035 sämtliche Sozialbindungen der Vonovia auslaufen. Dies betreffe 10 000 Sozialbindungen, die vertraglich verloren werden. Hierfür müsse eine Lösung gefunden werden.

Herr Stadtrat Flemming bemerkt, dass der Prozess der Bearbeitung von Bebauungsplänen und die Umsetzung dessen betrachtet werden müsse. Wenn die Bebauungspläne, die maßgeblich für den Wohnungsbau vorgesehen seien, nicht erstellt und umgesetzt werden, werden keine weiteren Wohnungen gebaut. Der Prozess müsse schneller und effizienter funktionieren.

Herr Stadtrat Ladzinski schließt sich den Ausführungen von Herrn Stadtrat Flemming an und geht auf die möglichen rechtlichen Konsequenzen ein. Die AfD-Fraktion werde der federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften und dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion ebenfalls zustimmen.

Herr Stadtrat Wirtz stellt klar, dass es im Bebauungsplanverfahren keinen Vertrauensschutz gebe, da die Stadt bis zuletzt – bis zum Satzungsbeschluss – ob diese einen Bebauungsplan erlasse. Die Ursache für die Wohnungsnot seien nicht der Mangel an sozialwohnungsfreien Bebauungsplänen, sondern der Mangel an bauwilligen Bauherren. Die Fraktion DIE LINKE. halte an den 30 Prozent für sozialen Wohnungsbau fest. Diese werden der federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften nicht zustimmen, da die Übergangsfrist zu lang sei.

Herr Stadtrat Aschenbach beantragt Ende der Debatte.

Dem Antrag wird von Seiten des Stadtrates nichts entgegengebracht.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion mit 32 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 32 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt der geänderten federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften mit 55 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

Der Beschlusspunkt 3 des Beschlusses zur Richtlinie „Kooperatives Baulandmodell Dresden“ (Beschluss V2804/18) wird dahingehend geändert, dass für alle bereits laufenden Bebauungsplanverfahren mit den im Beschluss geregelten Voraussetzungen, zu denen auch Bauvorhaben gehören, bei denen in der vorlaufenden 12-Monats-Frist zum Beschluss städtebauliche Vorverträge zu vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahren abgeschlossen wurden, 15 Prozent der Geschossfläche, die für Wohnen vorgesehen ist, als geförderter mietpreis- und belegungsgebundener Wohnungsbau entsprechend der jeweils geltenden Förderrichtlinie Sachsen errichtet wird. Hinzukommen muss in diesem Fall, dass bis spätestens 30. Juni 2022 der Satzungsbeschluss vorliegt und der städtebauliche Vertrag abgeschlossen ist.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 55 Nein 12 Enthaltung 0

- | | | |
|------------|---|----------------------------------|
| 4.2 | Veranstaltungsnetz Altmarkt - Umgestaltung für eine barrierefreie Leitungsführung/Herstellung einer funktionstüchtigen Platzdrainage | V0533/20
beschließend |
|------------|---|----------------------------------|

Beschluss:

Verweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften.

5 Vertagungen der Sitzung vom 15./16.10.2020

- | | | |
|------------|---|----------------------------------|
| 5.1 | Verkehrssichere Radwege im Bereich der Reicker Straße schaffen | A0029/20
beschließend |
|------------|---|----------------------------------|

Beschluss:

Vertagung

**5.2 Verkehrsentlastung während der Baumaßnahmen auf der Bautz-
ner Straße und an der Loschwitzer Brücke**

**A0047/20
beschließend**

Beschluss:

Vertagung

Dirk Hilbert

Manuela Gertig
Gruppenleiterin

Tilo Wirtz
Stadtrat

Matthias Dietze
Stadtrat